

# **Niederschrift**

# 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:

Donnerstag, 01.11.2018

Sitzungsbeginn:

20:00 Uhr

Sitzungsende:

23:10 Uhr

Ort, Raum:

Kur- und Bürgerzentrum, Bürgersaal, Schlossplatz 9, 36129 Gersfeld (Rhön)

## Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Gutermuth (FDP)

Mitglieder

Christian Frohnapfel (CDU)

Rainer Goldbach (CDU)

Lisa Heller (CDU)

Joachim Jenrich (CDU)

Hartwig Maehl (CDU)

Jürgen Melchers (CDU)

Mario Möller (CDU)

Waldemar Niebling (CDU)

Matthias Schlag (CDU)

Rolf Banik (SPD)

Michael Gutermuth (SPD)

Klaus Keidel (SPD)

Susanne Kolbe (SPD)

Helmut Müller (SPD)

Silvia Quillmann (SPD)

Susanne Rahm (SPD)

Hermann Reuß (SPD)

Tanja Weber (SPD)

Ralf Zinn (SPD)

Uwe Glück (BWG)

Klaus Grösch (BWG)

Andrea Hintzmann (BWG)

bis 22:10 Uhi

Mark Rehm (BWG)

Peter Vey (BWG)

Christoph Kammerdiener (FDP)

Jürgen Nix (FDP)

Heiner Marquardt (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Karin Muhr (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Magistrat

Steffen Korell (CDU)

Harald Schäfer (SPD)

Andreas Müller (CDU)

Carl-Jürgen Pillmann (CDU)

Ilse Gutmann-Friedel (SPD)

Margarete Trinath (SPD)

Knut Kersten (BWG)

Dieter Wepler (BWG)

Siegbert Simon (FDP)

Schriftführer

Thomas Niedling

Verwaltung

Klaus Niebling (Verwaltung)

Hakki Orhan (Verwaltung)

Gäste

Frank Neumann (Architekturbüro Neumann)

## Abwesende Mitglieder

### Mitglieder

Konstantin Neumann (CDU) fehit entschuldigt Michael Schneider (BWG)

#### Magistrat

Markus Meiß (CDU)

## Tagesordnung:

## Öffentlicher Teil:

- 1. Entscheidung über die Tagesordnung
- 2. Tagesordnung A
- Genehmigung der Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2018 und 20.09.2018
- 4. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Behandlung des Überschusses für das Wirtschaftsjahr 2016
- Finanzstatusbericht zum 30.09.2018
- 6. Tagesordnung B
- 7. Kindergartenstandort Vorstellung Machbarkeitsstudie durch Architekturbüro Neumann
- 8. Sanierung Bürgerhaus Rengersfeld
- 8.1. Sanierung Bürgerhaus Rengersfeld Antrag BWG-Fraktion
- 9. Teilnahme am Programm DIGITALE DORFLINDE WLAN-Förderung für hessische Kommunen, ggf. Festlegung der Anzahl der zu errichtenden Hotspots und der Standorte
- 10. Berichte
- 11. Anfragen

### Protokoll:

## Öffentlicher Teil:

# zu 1 Entscheidung über die Tagesordnung

Stadtverordnetenvorsteher Martin Gutermuth eröffnet die 19. ordentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) im Bürgersaal.

Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest. Eingeladen wurde durch Veröffentlichung im Internet auf der Homepage der Stadt Gersfeld (Rhön), durch Bekanntmachung im Gersfelder Rhönboten Nr. 44/2018 sowie durch persönliche Einladung (mit Tagesordnung) vom 25.10.2018.

Sodann stellt der Stadtverordnetenvorsteher die Beschlussfähigkeit fest. Zunächst sind 29 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend, die sich wie folgt auf die Fraktionen verteilen: CDU 9, SPD 10, BWG 5, FDP 3 und Bündnis '90/DIE GRÜNEN 2 Mitglieder.

Ab 22.10 Uhr (TOP 8) sind noch 28 Abgeordnete anwesend.

Zu Stimmenzählern werden die Abgeordneten Rolf Banik und Klaus Grösch ernannt.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung durch Verlesen vor. Wortmeldungen oder Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, weshalb diese als angenommen gilt.

## zu 2 Tagesordnung A

## Wortprotokoll:

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Tagesordnung A vor.

TOP 3-5 werden sodann gemeinsam (im Block) zur Abstimmung gebracht.

#### Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) beschließt einstimmig die Tagesordnung A, TOP 3-5.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja: 29 Nein: 0

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 33/2018

Genehmigung der Niederschriften der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2018 und 20.09.2018

#### Wortprotokoll:

zu 3

Stadtverordnetenvorsteher Matin Gutermuth gibt bekannt, dass keine Einwände gegen die Niederschriften der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 30.08.2018 und 20.09.2018 erhoben wurden.

#### Beschluss:

Die Niederschriften der 17. Sitzung und der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) vom 30.08.2018 bzw. 20.09.2018 werden in der vorliegenden Form genehmigt und zur Veröffentlichung freigegeben.

### Abstimmungsergebnis:

Ja: 29

Nein: 0

Enthaltung: 0

### Beschluss-Nr. 33a/2018

zu 4

Feststellung des Jahresabschlusses 2016 für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sowie Behandlung des Überschusses für das Wirtschaftsjahr 2016

#### Wortprotokoll:

Der Jahresgewinn der Stadtwerke Gersfeld (Rhön) im Wirtschaftsjahr 2016 beträgt 38.024,70 €, wovon auf den Betriebszweig Wasserversorgung ein Verlust von 17.768,12 € und auf den Betriebszweig Abwasserbeseitigung ein Gewinn von 55.792,82 € entfällt.

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Beschlusstext.

Die Betriebskommission des Eigenbetriebes Stadtwerke Gersfeld (Rhön) (8:0:0) sowie der Haupt- und Finanzausschuss (7:0:0) haben einstimmig Zustimmung empfohlen, weshalb dieser Tagesordnungspunkt in Teil A der Tagesordnung eingruppiert wurde.

#### Beschluss:

- 1. Der Jahresabschluss 2016 für den Bereich der Wasserversorgung wird festgestellt. Der Jahresverlust im Bereich der Wasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2016 beträgt € 17.768,12 und wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- 2. Der Jahresabschluss 2016 für den Bereich der Abwasserbeseitigung wird festgestellt. Der Jahresüberschuss im Bereich der Abwasserbeseitigung für das Wirtschaftsjahr 2016 beträgt € 55.792,82 und wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Jahresgewinn aus der Abwasserbeseitigung soll für Anlageninvestitionen verwandt werden.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja: 29

Nein: 0

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 33b/2018

zu 5

Finanzstatusbericht zum 30.09.2018

#### Wortprotokoll:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzstatusbericht zum 30.09.2018 mit den entsprechenden Erläuterungen zur Kenntnis.

## zu 6 Tagesordnung B

Kindergartenstandort - Vorstellung Machbarkeitsstudie durch Architekturzu 7 büro Neumann

## Wortprotokoll:

Die Einleitung des Tagesordnungspunktes erfolgt durch Bürgermeister Dr. Steffen Korell, der erläutert, um was es geht. Insbesondere sollte die Frage geklärt werden, ob und wie in der Danziger Straße der bestehende Kindergarten dauerhaft und nachhaltig in das Konzept eingebracht werden kann.

Die Machbarkeitsstudie (eine Voranalyse) wird durch Herrn Frank Neumann vom Büro NEUMANNarchitektur aus Neuhof vorgestellt. Er macht dabei mehrfach deutlich, dass es sich bei den präsentierten Resultaten um das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie handelt, wobei es an einigen Stellen nötig war eine (teilweise) Konzeption und grobe Planung vorzunehmen, um die Idee richtig wiederzugeben und korrekt darzustellen (bei einer U3 müsse einiges an Bedingungen erfüllt werden hinsichtlich der Gruppenraumanordnung).

Die Präsentation (Anlage dieses Protokolls) beinhaltet die Ergebnisse einer Standortanalyse, die die Standorte "Am Schloßpark" und "Danziger Straße" auf Defizite und Potentiale hin untersuchte.

Herr Neumann präsentiert in zwei Blöcken zunächst die Ergebnisse für den Standort "Am Schloßpark" und anschließend für den Standort "Danziger Straße". Jeweils im Anschluss an jeden Block beantwortet er ausführlich und umfangreich die Fragen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Bei zwei Nachfragen zum Bebauungsplan (Standort "Am Schloßpark") ist als Ergebnis der Antworten festzuhalten (Antworten von Bürgermeister Dr. Steffen Korell und Bauamtsleiter Hakki Orhan), dass

- ein Bebauungsplan existiert und
- der Bebauungsplan bereits dreimal geändert wurde.

Eine Frage zum Nutzwert des bestehenden Gebäudes wird ebenfalls vom Bürgermeister beantwortet. Es gibt einen Schätzwert. Die Berechnung wird zusammen mit der Präsentation in der kommenden Woche per E-Mail verteilt.

Es werden zehn Hand-outs zur Präsentation (1 je Tisch der Stadtverordnetenversammlung) verteilt.

Jeder Abgeordnete wird im Nachgang zur Sitzung die Präsentation als PDF zugesendet bekommen.

Die Frage des Abgeordneten Rolf Banik (SPD) zur möglichen Förderung eines Neubaus/Anbaus wird im Anschluss von Kämmereileiter Klaus Niebling beantwortet:

Förderprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung des Landes: Bereits geförderte Maßnahmen (Vorgängerprogramme) können innerhalb der Zweckbindungsfrist (25 Jahre) nicht noch einmal gefördert werden. Bei der Neuschaffung von Plätzen werden beim Neubau 160.000 € pro Gruppenbereich, beim Umbau 50.000 € pro Gruppenbereich; jedoch maximal 90% der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Bei der Bestandssicherung werden beim Ersatzneubau 80.000 € pro Gruppenbereich, beim Umbau 25.000 € pro Gruppenbereich und bei einer funktionalen Ergänzung 50.000 € pro Gruppenbereich gefördert; jedoch maximal 50% der zuwendungsfähigen Kosten.

Ebenfalls können Zuschüsse vom Landkreis Fulda für die Schaffung von Kindergartenplätzen erwartet werden. Über die Höhe der Zuwendung für finanzschwache Kommunen (5%-10%) konnten noch keine Angaben gemacht werden, da derzeit neue Förderrichtlinien erarbeitet werden.

Nachdem es keine weiteren Fragen mehr an Herrn Neumann oder die Verwaltung gibt, unterbricht der Stadtverordnetenvorsteher um 21:40 Uhr die Sitzung für eine Pause von 10 Minuten zum Abbau des Beamers (Power-Point-Präsentation).

## Sanierung Bürgerhaus Rengersfeld

#### zu8

#### Wortprotokoll:

Um 21.50 Uhr wird die Sitzung mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fortgesetzt.

Über das Thema "Sanierung Bürgerhaus Rengersfeld" haben am 23.10.2018 der Ausschuss für Bauen, Landwirtschaft, Umwelt und Wirtschaft (Bauausschuss) sowie der Ausschuss für Familie, Gesundheit, Tourismus, Sport und Soziales (FGTSS-Ausschuss) gemeinsam beraten. Beide Ausschüsse haben einstimmig mit 7:0:0 empfohlen a) zu beschließen, dass das Bürgerhaus Rengersfeld saniert werden soll, ohne über die Lösungsvariante b) oder c) zu entscheiden. Der Bauausschuss wollte zunächst in einem Vor-Ort-Termin die Gebäudesubstanz sichten.

Der Bürgermeister leitet das Thema mit ein paar Worten zu Historie ein. Bereits in den Jahren 2008 und 2011 wurde intensiv über das Thema beraten. Er erläutert außerdem den Unterschied zwischen Variante b) und c) der Beschlussvorlage. Bei Variante b) sollen das Dachgeschoss und das 1. Obergeschoss abgetragen werden und neu aufgebaut werden, während bei Variante c) das gesamte Bürgerhaus rückgebaut werden soll, um am derzeitigen Standort etwas Neues zu errichten.

Bürgermeister Dr. Steffen Korell betont, dass es sich bei den Beschlussvorschlägen jeweils bewusst um ein "soll" und kein "muss" handelt. Da derzeit keine Haushaltsmittel bereitgestellt sind, soll mit dem Beschluss grundsätzlich entschieden werden, ob saniert werden soll und wenn ja, in welchem Umfang, damit der Magistrat vorschlagen und die Stadtverordnetenversammlung entscheiden kann, ob und in welchem Maße Haushaltsmittel für die Haushaltsjahre 2019 ff. bereitgestellt werden. Eine positive Entscheidung ist noch keine Entscheidung die Sanierung umzusetzen, sondern bekundet den ausdrücklichen Willen dies in den nächsten Jahren beschließen zu wollen.

Da eine überregionale Bedeutung über den Stadtteil Rengersfeld hinaus vorliegt, ist die Maßnahme im IKEK aller Wahrscheinlichkeit nach mit 75% der Nettobaukosten förderfähig.

Anschließend erläutert der Vorsitzende des Bauausschusses, Abgeordneter Klaus Grösch, die Ergebnisse der in Augenscheinnahme des jetzigen Zustandes des Bürgerhauses Rengersfeld. Am 26.10.2018 um 14.30 Uhr hat eine gemeinsame Begehung stattgefunden. Anwesend waren 10 Stadtverordnete, Magistratsmitglieder und Mitglieder des Ortsbeirates, insbesondere der Ortsvorsteher. Besichtigt wurden sämtliche Räumlichkeiten vom Keller bis zum Dach. Das Gebäude befinde sich in einem sehr mangelhaften Zustand. Außer dem neuen Fußboden im Raum der Feuerwehr hat sich in den letzten 7-8 Jahren nichts verbessert (eingedrungene Feuchtigkeit, marode Wände).

Auf die von ihm selbst im November 2011 ermittelten Kosten müsse man aufgrund der zeitlichen Differenz zur Baukostenschätzung ca. 30%-40% aufschlagen. Dann habe man alle notwendigen Kosten für eine sinnvolle Nutzung (noch keine optimale Lösung) ermittelt.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet die Fraktionen um Stellungnahme:

Die CDU-Fraktion (Rainer Goldbach) ist mehrheitlich für die Sanierung a) und dabei mehrheitlich für die Variante c), wobei von Seiten der CDU angemerkt wird, dass die Eigenleistung im Vergleich zu anderen Baumaßnahmen in anderen Ortsteilen größer sein könnte.

Die SPD-Fraktion (Michael Gutermuth) hat sich auch in der Vergangenheit für die Sanierung stark gemacht und ist weiter dafür a). Die SPD wird für die Variante c) stimmen und begrüßt grundsätzlich die Eigenbeteiligung.

Die BWG-Fraktion (Klaus Grösch) erinnert, dass bereits seit 15 Jahren über die Sanierung diskutiert wird. Es blieb bei Willensbekundungen, aber keine eindeutigen Entscheidung dafür oder dagegen ("Entscheidgungsträgheit"). Vorteil sei bei nunmehr gestiegenen Kosten jedoch, dass nun das IKEK-Programm mit 75% Förderanteil (netto) existiere. Der jetziger Bauzuschnitt kann nicht optimal genutzt werden. Daher ist die BWG für einen Abriss des bestehenden Gebäudes und eines Neubaus, der den Baukosteneigenanteil von 150.000 bis 160.000 € nicht überschreitet.

Die FDP-Fraktion (Christoph Kammerdiener) merkt an, dass es unter der Frage wie viele Bürgerhäuser erhalten bleiben sollen, mehrere Voraussetzungen für die Frage der Sanierung gibt, die wichtig

sind. Zum einen wie die spätere Nutzung und Perspektive aussieht; in diesem Fall dass Feuerwehrund Bürgerhaus mit Rommers zusammengelegt werden könnten. Unabdingbar sei darüber hinaus die schriftliche Zusage aus dem IKEK-Programm, auf die man sich verlassen können muss. Tendenz gibt es zu Variante b). Eine bessere Vorplanung (verschiedener ortsansässiger Architekten) ist nötig bevor die endgültige Entscheidung fallen soll. Eine endgültige Entscheidung zwischen b) und c) ist derzeit noch nicht möglich.

Fraktion Bündnis '90/DIE GRÜNEN (Heiner Marquardt): Variante c) ist nur sinnvoll, wenn man den Stadtteil Rommers einbindet. Das muss auch zusammen gedacht werden, da nur dann gerechtfertigt neu zu bauen. Derzeit ist das Gebäude nicht nutzbar. Wenn man das perspektivisch möchte, sollte man zu einer Entscheidung kommen.

Der Abgeordnete Christoph Kammerdiener (FDP) beantragt, dass nur über die Frage, ob saniert werden soll a) abgestimmt wird. Die Frage ob mit Variante b) oder c) soll zurückgestellt werden und die Sache zunächst noch einmal im Bauausschuss beraten werden, da derzeit noch nicht entscheidungsreif.

Es folgt eine Verständniserklärung des Bürgermeisters, der noch einmal betont, dass es auf das Wort "soll" ankommt und es um die grundsätzliche Frage geht, ob das Projekt in die Haushaltsplanung soll oder nicht (Richtungsweisung). Bei einem positiven Beschluss an dieser Stelle "muss" noch nicht gebaut werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher verliest den Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt 8 - Teil a).

#### Beschluss:

Es wird beschlossen, dass das Bürgerhaus Rengersfeld saniert werden soll.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja: 24

Nein: 4

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 34/2018

# zu 8.1 Sanierung Bürgerhaus Rengersfeld - Antrag BWG-Fraktion

#### Wortprotokoll:

Die BWG-Fraktion (Uwe Glück) beantragt, wie bereits vom Abgeordneten Klaus Grösch in der Stellungnahme der Fraktion (TOP 8) bekannt gegeben, dass das bestehende Bürgerhaus abgerissen und an gleicher Stelle neu gebaut werden soll.

Der Stadtverordnetenvorsteher wiederholt den Beschlussvorschlag und lässt über diesen abstimmen. Nach erfolgter Abstimmung über den BWG-Antrag ist eine Abstimmung über b) oder c) (TOP 8) nicht mehr erforderlich.

### Beschluss:

Das Bürgerhaus Rengersfeld soll abgerissen und am gleichen Standort neugebaut werden.

## Abstimmungsergebnis:

Ja: 23

Nein: 4

Enthaltung: 1

Beschluss-Nr. 35/2018

zu 9

Teilnahme am Programm DIGITALE DORFLINDE - WLAN-Förderung für hessische Kommunen, ggf. Festlegung der Anzahl der zu errichtenden Hotspots und der Standorte

#### Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Steffen Korell leitet in das Thema und den Tagesordnungspunkt ein. Der Magistrat habe festgestellt, dass es nicht notwendig und gewinnbringend sei, im großen Stil, auch vor dem Hintergrund der entsprechenden Anträge der Ortsvorsteher, WLAN-Hotspots im Stadtgebiet zu errichten. Der geplante Ausbau des Mobilfunknetzes auf den 5G-Mobilfunkstandard mache das Thema in der Zukunft obsolet.

Der Magistrat schlägt vor einen Hotspot im Wildpark zu errichten. Hier ist aber fraglich, was der Landkreis dort macht und wie das Konzept für die Umgestaltung des Wildparks dahingehend aussieht.

Die Fraktionen nehmen wie folgt Stellung:

(die CDU-Fraktion gibt keine Stellungnahme zu diesem Thema ab)

SPD-Fraktion: Man hat zwar den Antrag gestellt, aber die Folgekosten seien zu hoch und daher Ko-

operationslösungen die bessere Wahl.

BWG-Fraktion: Ist dagegen. FDP-Fraktion: Ist auch dagegen.

Bündnis '90/DIE GRÜNEN-Fraktion: Werden nicht zustimmen.

Nach den Beratungen kommt man überein, dass kein Förderantrag gestellt werden soll, d. h. keine Teilnahme am Programm DIGITALE DORFLINDE – WLAN-Förderung für hessische Kommunen stattfindet

#### Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt mit Vereinen oder gemeinnützigen Kooperationspartnern Vereinbarungen zu schließen, dass man sich an 50% der jährlichen Telekommunikationskosten beteiligt, falls diese Anträge auf Zuschüsse zur Betreibung eines WLAN-Hotspots einreichen.

### Abstimmungsergebnis:

Ja: 24

Nein: 4

Enthaltung: 0

Beschluss-Nr. 36/2018

zu 10

**Berichte** 

#### Wortprotokoll:

Bürgermeister Dr. Steffen Korell gibt folgende Berichte:

Zum Sachstand der möglichen Fusion mit dem Abwasserverband Oberes Fuldatal erläutert er, dass die Neukalkulation der Gebühren in die Verbandsversammlung eingebracht wurde. Im Zuge der Neukalkulation wird der Verbandsversammlung zu der noch offenen Frage, wie mit der Auflösung der Sonderposten aus Zuschüssen umgegangen werden soll, vorgeschlagen auf eine gebührenmindernde Auflösung zu verzichten und diese den Gemeinden zukommen zu lassen. Damit wäre eine große Hürde für die Fusion aus dem Wege geräumt.

Zur Frage der interkommunalen Zusammenarbeit im Vergabewesen liegt ein Angebot des Landkreises Fulda vor, das Vergabewesen beim Landkreis zu organisieren. Diese Frage wird Gegenstand der nächsten Bürgermeisterkreisversammlung.

In der 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gersfeld (Rhön) wurde beschlossen weitere Prüfungen mit dem Ziel der Gründung eines Gemeindeverwaltungsverbandes durchzuführen. Der Prüfungsbeginn sollte bereits erfolgen. Die Prüfung hat bislang aber aufgrund von Krankheitsfällen beim Auftragnehmer noch nicht stattgefunden. Zum Ende des Jahres bzw. Anfangs des neuen Jahres soll in die Prüfung Gemeindeverwaltungsverband eingestiegen werden.

Er dankt außerdem allen ehren- und hauptamtlichen Wahlhelfern für die Tätigkeiten bei der Durchführung der Landtagswahl 2018 und der 15 Volksabstimmungen.

Der Bürgermeister berichtet abschließend, dass drei Stadtteile eine Förderung aus dem Förderprogramm des Landes Hessen "Starkes Dorf – Wir machen mit!" erhalten haben: Hettenhausen für eine Sitzgelegenheit am Lindenplatz, Dalherda für eine Seilbahn am Spielplatz und Schachen für eine überdachte Sitzgelegenheit am Spielplatz.

# zu 11 Anfragen

### Wortprotokoll:

Anschließend beantwortet er folgende Anfragen, der jeweils in Klammern genannten Abgeordneten:

Wie weit ist die Ausschreibung Schwimmmeister? (Mark Rehm, BWG)

Nach Eingang Kündigung wurde mit der Beratung über das weitere Vorgehen begonnen. Die Ausschreibung ist in Vorbereitung. Der Vorgang in Bearbeitung.

Wie geht es nach dem am 31.10.2018 geendeten Pachtverhältnis "Schloßbräu" weiter? (Michael Gutermuth, SPD)

Am 05.11.2018 ist Übergabe der Räumlichkeiten zusammen mit dem bisherigen Pächter. Ein neuer Pächter wird gesucht.

Sind noch Zahlungen des bisherigen Pächters offen? (Michael Gutermuth, SPD)

Ja, es gibt noch Außenstände und es sind weitere offene Forderungen aufgelaufen.

Was ist mit der alten Theke? (Michael Gutermuth, SPD)

Wurde dem Kenntnisstand nach fachgerecht entsorgt. Neue Theke ist in das Eigentum der Stadt übergegangen.

Martin Gutermuth

Thomas Niedling